

Tages Thema



Lockdown, Börsenschock, Hunderttausende in Kurzarbeit, Millionen in Existenznot: Die Viruskrise bringt nicht nur medizinisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial enorme Probleme. Von positiven Effekten zu sprechen, mag da vermessen erscheinen. Doch manch einer sieht die Chance, gerade jetzt die Gelegenheit für ein Umsteuern zu ergreifen. „Wir werden durch einen äußeren Schock in einen Zustand gebracht, der so nie gekommen wäre“, sagt etwa Henning Vöpel, Chef des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts. Nach dem Motto: „Wenn (fast) nichts mehr geht, lässt sich Neues erproben.“ Vorstellungen von Ökonomie und Alltag könnten sich ändern.

1 Immer weiter wachsen – auf wessen Kosten? Die Weltwirtschaft auf Sparflamme, erzwungen durch ein kleines, aber gefährliches Virus: Das schärft den Blick auf Mechanismen, die wir sonst kaum mehr infrage stellen. Müssen Umsätze und Gewinne von Firmen, müssen Leistungen von Volkswirtschaften unbedingt ständig zunehmen? Nein, meinen Kritiker wie etwa der Ökonom Niko Paech von der Uni Siegen. Sein Gegenmodell einer Postwachstumsökonomie mutet derzeit noch radikal an: Rückbau globaler Lieferketten, Schrumpfung der Industrie – stattdessen regionale Wertschöpfung, Sharingmodelle und mehr Selbstversorgung.

„Auffällig sind nicht nur die ökologischen und sozialen Verwerfungen einzelner Industrien, sondern deren Kartenhauscharakter, das heißt die ökonomischen Risiken globaler Verflechtungen“, erklärt Paech. Gerade die internationale Autobranche ins Stocken, habe das negative Auswirkungen auf die Nachfrage auf anderen Märkten. Zudem würden viele Menschen „nicht mehr zurück wollen in das Hamsterrad, das in der Prä-Corona-Phase für normal gehalten wurde“.

Doch so sinnvoll mehr Genügsamkeit teils erscheinen mag: Verzicht auf wirtschaftliche Stärke ist nicht immer die Lösung. „Ohne Wachstum ist es auch schwierig. Schrumpfen kann nicht das Ziel sein“, sagt der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher. „Dann haben wir Arbeitsplatz- und Wohlstandsverluste.“ Sein Kollege Sebastian Dullien vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung meint: „Es ist wenig überzeugend zu sagen, die Krise zeige uns, dass wir einfach kein Wachstum mehr brauchen.“

2 Umwelt, Ressourcen, Klima: Befürworter eines sozial-ökologischen Wandels betonen, die Pandemie ermahne uns, die Umweltfolgen unseres Wirtschaftens zu drosseln. Der Eingriff in die natürlichen Reservoirs mancher Viren und Ökosysteme kann das Überspringen von Erregern aus dem Tierreich begünstigen. So geraten auch die Konsequenzen einer extensiven Landwirtschaft und globaler Handelsströme in den Fokus. Die Politikökonomin Maja Göpel etwa entwirft Szenarien, wie man aus übermäßiger Ressourcennutzung aussteigen und Kreislaufsys-



Wider das Wachstumsdogma

Experten diskutieren darüber, ob sich die Wirtschaft neu erfinden soll und kann



Die Corona-Krise hat viele zum Nachdenken gebracht. Welche Erkenntnisse gewinnen wir daraus? Wird es ein Umdenken geben? Wie wird sich die Wirtschaft verändern, wenn es weitere Lockerungen gibt? Wissenschaftler debattieren darüber.

Fotos: Adobe Stock

teme aufbauen könnte, die ohne einen zu hohen Naturverbrauch auskommen.

Experten befassen sich mit der Zurechnung der gesellschaftlichen Kosten „negativer externer Effekte“ an die Verursacher. Mit mahnenden Worten stehen Forscher und Klimaaktivisten nicht allein da. Bundestagspräsident und Ex-Finanzminister Wolfgang Schäuble sagte dem „Tagesspiegel“: „Noch immer ist nicht nur die Pandemie das größte Problem, sondern der Klimawandel, der Verlust an Artenvielfalt – all die Schäden, die wir Menschen und vor allem wir Europäer durch Übermaß der Natur antun.“ Jedoch befürchtet die

Klimabewegung auch, dass die Beschäftigung mit Corona das langfristig größere Problem von CO₂-Emissionen und Erderwärmung wieder in den Hintergrund drängt.

3 Guter Markt, schlechter Staat? Lange hielten Wirtschaftsakteure und -wissenschaftler den Staat für bevormundend und bürokratisch. Es mag sein, dass einige Hilfen nun kompliziert zu beantragen sind. Im Pandemieschock erlebt der Staat aber eine Renaissance. „Ich würde schon sagen, dass die Corona-Krise so etwas wie der letzte Sargnagel für den Neoliberalismus ist“, meint Fratzscher. „Nun sehen wir: Der Staat ist die

letzte Instanz, wenn es darauf ankommt. Der Markt kann in entscheidenden Bereichen nicht mehr allein funktionieren.“ Das habe sich bereits in der Finanzkrise 2008/2009 abgezeichnet.

Manche sehen die Krise auch als Anlass für eine Investitionswende, um die Digitalisierung, medizinische Forschung oder Modernisierung der Schul- und Verkehrsinfrastruktur voranzutreiben. „Jetzt muss die Nachfrage weiter gestützt werden“, meint Dullien zum Sanierungsstau in vielen Bereichen. Die Zeit primärer Sparpolitik sei jedenfalls wohl vorbei. Paech spricht von einer „historisch einmaligen Situation“: Der Staat habe die

Möglichkeit, Finanzierungshilfen an ökologische Ziele zu koppeln.

4 Die Gesellschaft hilft sich auch selbst. Corona-Mittel fließen aber nicht nur von oben nach unten. Bürger, Haushalte, Vereine und Firmen nehmen einen großen Teil ihres Schicksals selbst in die Hand. Es gibt private und soziale Initiativen – Nachbarschaftshilfe beim Einkaufen, Crowdfunding für Gastronomen, Musiker und Künstler, Unternehmensspenden mit medizinischem Material. „Das zeigt, dass wir eine recht intakte gesellschaftliche Struktur haben“, sagt Dullien. „Auch das Sozialkapital einer Gesellschaft ist wich-

tig“, erklärt Vöpel. „Wir denken, wenn wir anderen helfen: Es hätte auch mich treffen können.“ Mit Blick auf die Zeit nach Corona meint Paech: „Der Anschlag einer nachhaltigen Entwicklung jenseits der Krisenlogik kann nur aus der Zivilgesellschaft kommen.“ Viele Menschen üben in der jetzt frei gewordenen Zeit bereits neue Verhaltensmuster ein.

5 Zufriedenheit contra Profitstreben und das Gesundheitssystem. Dass nicht jeder immer nur egoistisch handelt, sieht man deutlich. Gängige Wirtschaftsmodelle basieren aber noch auf der Annahme, wir strebten stets nach möglichst viel Nutzen und Wohlstand und die Wirtschaft nur nach möglichst hohen Gewinnen bei minimalen Kosten. Lässt sich das Bild noch halten? „Eigentlich geht es um mehr“, räumt Fratzscher ein.

„Das Problem ist nur, dass der Grad der Erreichung weiterer Ziele wie Glück oder Zufriedenheit schwer zu messen ist“, sagt er. Paech sieht eine psychische Grenze erreicht und meint „die Reizüberflutung, die Beschleunigung, den Leistungsstress, die Unmöglichkeit, all das, was man sich kaufen kann, genuss- und sinnstiftend auszuschöpfen“. Das alles werde in der aktuell „entschlackten Gegenwart“ neu überdacht.

Ein Umdenken könnte sich auch im Gesundheitswesen zeigen. „Es ist gut, im medizinischen System Wettbewerb zuzulassen“, sagt Fratzscher. „Aber man sollte gleichzeitig sicherstellen, dass es hohe Qualität in der Grundversorgung gibt.“ Gewinninteressen dürften nicht überall den Ton angeben, „Symbiose zwischen Staat und Markt“ sei nötig. Auch das oft niedrige Gehalt systemrelevanter Jobs ist ein Thema. Und manche glauben, die Zeit für das bedingungslose Grundeinkommen sei nun reif.

6 Wer bekommt was, wer verliert was? So wie ungleiche Verteilung von Einkommen oder Vermögen das wirtschaftliche Wachstum belasten kann, so können die Lasten der Krise schwache Gruppen zusätzlich schwächen und die Polarisierung der Gesellschaft verschärfen. Fratzscher warnte jüngst, die Hilfen für Familien, deren Kinder während der Pandemie zu Hause bleiben müssen, fielen zu gering aus. Einige Bildungsforscher glauben zudem, Homeschooling vertiefe den Abstand zwischen guten und förderbedürftigen Schülern, die digitale Angebote nicht so gut nutzen können oder wenig Unterstützung aus dem Elternhaus bekommen.

Wer Existenzängste hat, kann es als zynisch empfinden, wenn das Herunterfahren der Wirtschaft mit auf seine Kosten geht. „Viele Leute werden ungeduldig“, beobachtet Dullien. „Wenn die Krise sich weiter fortsetzt, kommt der Staat an seine finanziellen Grenzen“, ergänzt Paech. „Um Menschen zu helfen, bedarf es mehr als finanzieller Unterstützung, nämlich Hilfe zur Selbsthilfe, um genügsamer und damit krisenrobuster leben zu können.“ Das bedeute Lernen aus der Krise.

Jan Petermann/
David Hutzler

„Die Menschen werden verantwortungsvoller einkaufen“

Trierer Uni-Präsident und Konsumforscher Michael Jäckel wagt eine Prognose für die Zeit nach der Corona-Pandemie

Nach der Corona-Krise werden die Menschen in Deutschland ihr Geld mehr zusammenhalten: „Sie werden vorsichtiger werden und den Euro öfter umdrehen“, glaubt der Professor für Soziologie und Präsident der Universität Trier, Michael Jäckel. Durch die Erfahrungen in der Krise hat sich nach seinen Beobachtungen „ein neues Knappheitsbewusstsein“ entwickelt. Zudem ist einem „die Verletzlichkeit der Art und Weise, wie wir leben, wie wir wirtschaften, deutlich vor Augen geführt worden“.

Daraus ziehen die Menschen demnach die Lehre, nicht in einen

übersteigerten Konsum überzugehen. „Man ist ein bisschen geerdet worden“, sagt der Experte für Konsumforschung. Und: „Ich erwarte, dass dieses neue Gefühl zu einem etwas verantwortungsvolleren Umgang führt – mit der Art und Weise, wie wir uns ernähren, wofür wir und wo wir unser Geld ausgeben, auch wo die Produkte herkommen“, sagte der Professor. Das derzeit „verdrängte Thema Klimakrise“ könne dann hoffentlich „zu den Gewinnern der Neuausrichtung“ gehören. Das wäre ein langfristiger Solidarbeitrag.

Dass es nach dem Ende der Pandemie zu einer „Explosion der Le-

bensfreude“ komme, glaubt der Experte indes nicht. „Man wird schon sehr zufrieden sein damit, dass eine Situation wiederhergestellt wird, die einigermaßen an den Status quo vor der Pandemie heranreichen kann“, sagte er. „Ich glaube, nach dieser Krise wird der Konsument in dieser Hinsicht auch sehr geduldig sein.“

Natürlich gibt es auch „Aufschubphänomene“: Man konnte nicht ins Kino gehen, kein Theater besuchen und nur begrenzt am öffentlichen Leben teilnehmen. „Aber

ich würde sagen, dass bei den alltäglichen Dingen, die wir konsumieren, der Unterschied zwischen der alten und der danach erlebten Normalität wahrscheinlich nicht so groß sein wird.“ Eine „Explosion der Nachfrage“ generell erwartet er nicht.

Nach der Krise werde es aber „zunächst einmal einen hohen Bedarf nach kleinen Aufmerksamkeiten“ geben. „Man möchte vielen einen Gefallen tun. Es wird also kleine Geschenke geben.“ Das be-

deutet aber nicht, „dass da schon so ein kleines Weihnachten auf uns zukommt, bevor Weihnachten eigentlich ist“. Die Erfahrungen der ersten Lockerungen zeigten, „dass es ein großes Bedürfnis gibt, sich relativ schnell mit der neuen Form des Alltags zu arrangieren“ – nicht aber im Sinne: „Jetzt wird noch mehr konsumiert“, sagte Jäckel.

Auch in der Wirtschaft und bei den Einzelhändlern wird es künftig mehr um Nachhaltigkeit und einen bewussten Umgang mit der Umwelt gehen, prognostiziert der Uni-Präsident. „Ein Konjunkturprogramm ohne diese Komponenten kann ich mir nicht vorstellen.“

Auch in der Reisebranche wird darauf noch stärker der Fokus liegen. „Das Fliegen wird sicher teurer werden.“

Dass in Zukunft aber, wenn sich die Lage wieder normalisiert habe, weniger gereist wird, vermutete Jäckel nicht. „Ich glaube nicht, dass es da einen starken Knick nach unten geben wird.“ Aber „diese kleinen Ausflüge, also mal eben hierhin oder dorthin fliegen: Das wird jetzt noch stärker über den Preis gesteuert werden“, sagte er. „Die Ungleichheit ist in Phasen des Wohlstands weniger deutlich spürbar. Aber nach einer Krise tritt sie besonders deutlich hervor.“

